

Maoisten regieren mit

Wahlen zur Verfassung gebenden Versammlung Nepals für den 20. Juni festgesetzt

Hilmar König, Neu-Delhi

Wie bei allen wichtigen Entscheidungen in den letzten Wochen taten sich die Führer der acht politischen Parteien Nepals auch am Sonntag schwer, ihren Zeitplan einzuhalten. Aber da Premier Koirala zum Südasien-Gipfel nach Neu-Delhi abreisen musste, konnte die Vereidigung der neuen Interimsregierung nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Erst wählte das Parlament den 85 Jahre alten, an Atembeschwerden leidenden Girija Prasad Koirala erneut zum Regierungschef. Danach schwor dieser die 21 Minister und fünf Staatsminister ein.

Von außergewöhnlicher Bedeutung war dieses Ereignis deshalb, weil die einstigen maoistischen Rebellen nun mit fünf Ministern an der Regierungsgewalt beteiligt sind. Sie besetzen die Ressorts Information und Kommunikation, Lokale Entwicklung, Arbeit und Planung, Wald und Bodenkonservation sowie Frauen, Kinder und Sozialwohlfahrt. Pushpa Kamal Dahal Prachanda, der Chef der KPN (Maoistisch), bezeichnete nach der Vereidigung die Durchführung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung als Hauptaufgabe der neuen Regierung. Die Führer der acht politischen Parteien hatten sich am Sonntag Morgen auf den 20. Juni als Wahldatum geeinigt.

Die KPN (Vereinte Marxisten und Leninisten) ist ebenfalls mit fünf Ministern im Kabinett. Sie bekam u. a. das Ressort des Außenministers. Damit sind die Linken unübersehbar stark an der Regierung beteiligt. Den Ton gibt freilich die größte, sozialdemokratisch geprägte Partei Nepali Congress an. Deren Generalsekretär Ram Chandra Paudel nimmt in der Ministerhierarchie hinter dem Premier die zweite Stelle ein, gefolgt von Sahan Pradhan von der KPN (VML) und Krishna Bahadur Mahara von der KPN(M).

Mit den Ereignissen vom Sonntag hat der Friedensprozeß, der im November 2006 mit einem Abkommen zwischen der aus sieben politischen Parteien bestehenden Allianz (SPA) und der Guerilla besiegelt worden war, an Fahrt gewonnen. Die Maoisten hatten zehn Jahre lang für den Sturz der Monarchie gekämpft. Dabei waren rund 13 000 Menschen getötet worden. König Gyanendra hatte sich mit dem Putsch vom Februar 2005 selbst das politische Grab geschaufelt. Der von den Maoisten und der SPA gemeinsam initiierte Volksaufstand endete im April 2006 mit der Entmachtung des Herrschers. Über die Zukunft der Monarchie soll die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Im Januar war der erste Schritt der Integration der Maoisten in den politischen Hauptstrom getan worden, als diese mit 85 Abgeordneten ins Parlament einzogen.